

# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Helmut Frenz zum Strauß-  
Besuch in Chile.

Seite 1/2

Kurt Mattick MdB analy-  
siert das Selbstverständ-  
nis der Union in Men-  
schenrechtsfragen.

Seite 3/4

Walter Polkahn MdB zum  
Besuch von Bundeskanzler  
Helmut Schmidt in Polen.

Seite 5

Helmut Sieglerschmidt  
MdB untersucht die EG-  
Rolle im Nahen Osten.

Seite 6

Norst Grunenberg MdB  
meint, daß das neue Mee-  
resvölkerrecht seine  
Schatten vorauswirft.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 226

25. November 1977

Strauß in Chile

Unverantwortliche Äußerungen und undemokratisches Verhalten

Von Helmut Frenz

Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty inter-  
national

Auf einer öffentlichen Veranstaltung und in Gegenwart des  
Militärdiktators Pinochet wie auch des Botschafters der  
Bundesrepublik Deutschland hat Herr Strauß am letzten Wo-  
chenende laut Presseberichten gesagt: "Sorgen Sie dafür,  
daß die Freiheit in Chile erhalten bleibt, damit jeder sa-  
gen kann: Ich bin ein freier Chilene!"

Ich frage Herrn Strauß: Kennt er wirklich nicht die amt-  
lichen Dokumentationen der verschiedenen Menschenrechts-  
kommissionen, die da sagen und zwar noch im vergangenen  
Monat: "Es muß auf kritische Berichte hingewiesen werden,  
in denen Verletzungen der Menschenrechte und der grund-  
legenden Freiheiten in einigen Fällen systematischer und  
in institutionalisierter Form eine beunruhigende Situation  
in Chile erkennen lassen."?

Hält Herr Strauß auch die offiziellen Stellungnahmen der  
chilenischen Bischofskonferenz für kommunistische Propa-  
ganda?

Aufgrund eigener Dokumente kann amnesty international ge-  
rade für die letzten Tage und Wochen kurz vor dem Strauß-

besuch eine fatale Zunahme von Menschenrechtsverletzungen in Chile belegen. So sind am 18. November - am Tage der Ankunft von Herrn Strauß in Santiago - am helllichten Tage 40 Menschen verhaftet worden, nur deswegen, weil sie Herrn Pinochet fragen wollten, wo sich ihre verschleppten Familienangehörigen befinden.

In der 3. Oktoberwoche wurden in Chillan 63 Menschen verhaftet, vornehmlich Studenten und Schüler.

In der selben Stadt Chillan wurden am 16. September und 5. Oktober 1977 30 Personen verhaftet - ohne Haftbefehl. Fünf Tage lang wurden sie heimlich gefangen gehalten. Danach sind 15 von ihnen im Gefängnis aufgetaucht. Von den anderen fehlt bis heute jede Spur. Sie wurden mit Stöcken geschlagen, mit Elektrizität gefoltert.

Ist das die Freiheit, die in Chile erhalten bleiben soll?

In Chile hat Herr Strauß einen juristischen Ehrendoktor erhalten und wurde außerdem von der Universidad de Chile zum Ehrenprofessor des Chilenischen Rechts ernannt.

Es muß Herr Strauß daran erinnert werden, daß nach dem blutigen Putsch mehrere Professoren ermordet wurden, hunderte eben dieser Universität entlassen wurden. Ebenso wurden mehrere tausend Studenten fristlos und ohne Begründung von der Universität entfernt. An keiner chilenischen Universität gibt es akademische Freiheit. Forschung und Lehre werden zensiert. An der Spitze der Universität steht ein von der Militärregierung eingesetzter Rektor als Kontrolleur.

Herr Strauß muß sich fragen lassen: Welches chilenische Recht gereicht ihm zur Ehre, das "Recht", das Herr Pinochet eingeführt hat, oder das Recht, das dem chilenischen Volk vorenthalten wird?

(-/25.11.1977/ks/ ja)

+ + +

### Gespaltene Moral ist keine Moral

---

Menschenverachtender kann reaktionäre Politik wohl kaum sein

Von Kurt Mattick MdB

Die Sympathisanten von Diktaturen im westlichen Einflußbereich, Strauß, Dregger und Kollegen, haben erneut unter Beweis gestellt, daß Menschenrechte für sie ein Kampfbegriff gegen politische Gegner und kein humanitärer Grundwert sind, der überall in der Welt gleichen Rang haben muß und zu gleichem Engagement verpflichtet. Man erinnere sich der freundschaftlichen Kontakte und beschwichtigenden Äußerungen zu Zeiten der Franco, Salazar oder Papadopoulos: Wie kann da die Fortsetzung dieser Tradition gegenüber Vorster und Pinochet verwundern? An dem Tag, an dem der UN-Unterausschuß für humanitäre und soziale Fragen feststellt, in Chile werde immer noch gefoltert, befindet Strauß, Berichte dieser Art seine "idiotisch", "dumm" und "heuchlerisch". Bei einem Umsturz sei es eben nicht so, als wenn die Franziskaner Suppe austeilen.

Kann man sich vorstellen, welch ein Geschrei diese reaktionären Scharfmacher angestimmt hätten, wenn auch nur ein einziger "wildgewordener" Jungmann gesagt hätte, in den östlichen Staaten würden die Menschenrechte nicht mehr mit dem ganzen Fuß, sondern nur noch mit dem Hacken getreten?

Entgegen allen bekannten Tatsachen wird behauptet, die Sozial-Liberalen hätten sich mit den Menschenrechtsverletzungen im kommunistischen Machtbereich abgefunden und deshalb hätten sie kein Recht zur Kritik an der Opposition. Menschenverachtender kann reaktionäre Politik wohl kaum sein: Zuerst wird der schrittweise - und erfolgreiche - Versuch, mehr Menschlichkeit in Osteuropa durch Verhandlungen zu erreichen, als Verbeugung vor den Ansprüchen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten denunziert, dann wird ganz Europa der blinden Unterwerfung unter die sowjetischen Hegemonialansprüche in der KSZE-Schlußakte geziehen. Sofort nach Unterzeichnung des Dokuments von Helsinki wird die Einhaltung der gegenseitigen Versprechungen so mit Forderungen überfrachtet, daß ein Scheitern zwingend gewesen wäre, wäre man dieser "Strategie" gefolgt. Unbestreitbare Fortschritte aufgrund der Schlußakte werden geleugnet oder verächtlich gemacht. Zugleich wird mit dieser, nur noch chauvinistische Erinnerungen weckenden Polemik versucht, die Kritik an der eigenen Freundlichkeit für Diktaturen im westlichen Einflußbereich zu tabuisieren. Dazu gehört auch die immer wieder aufgetischte Legende, das jeweilige Unterdrückungsregime sei ein Bollwerk gegen drohende kommunistische Unterwanderung oder Invasion. Die neueste Variante brachte Strauß nun aus Chile mit: Dort hätte nicht nur ein Bürgerkrieg, sondern auch ein Krieg mit Argentinien und/oder Brasilien gedroht.

Vergessen gemacht werden soll damit immer wieder ein grundlegender Unterschied in den politischen Möglichkeiten, für die Menschenrechte einzutreten. Im Einflußbereich

der Sowjetunion bleibt uns nur die Möglichkeit, durch Verhandlungen zu wirken. Im Bereich der Staaten, die zum Block der neutralen oder westlich beeinflussten Länder gehören, ist die Palette der Ansätze weiter: Denn in bestimmten Extremfällen kann man auf demokratische Bewegungen in den betreffenden Ländern selbst hoffen, die den Wandel herbeiführen. So ist es in Spanien, Portugal und Griechenland geschehen. Diese Hoffnung kann man auch für Chile haben. Solche Freiheitsbestrebungen können sehr weitgehend unterstützt werden. Dies ist auch immer wieder getan worden. Wer das gleiche gegenüber den Staaten des sowjetischen Machtbereichs versuchte, müßte nicht nur bereit sein, die Entspannungspolitik mit ihren Teilerfolgen für die Menschlichkeit zu opfern. Er müßte zur Wiederbelebung des Kalten Kriegs bereit sein, unkalkulierbare neue Gefahren des Wettrüstens in Kauf nehmen und auch kriegerische Risiken bereit sein, entstehen zu lassen.

Diesen Zusammenhang will die CDU/CSU aus den Köpfen der Menschen verdrängen. So unterdrückt sie selbstkritische Ansätze in den eigenen Reihen. Nur so ist zu verstehen, warum zur Verteidigung der chilenischen Schönfärbekampagne von Strauß maßlose Angriffe auf den in Polen weilenden Bundeskanzler gestartet wurden, während dieser dort die hiesige Opposition gegen polnische Kritik in Schutz nahm.

Für die SPD bleibt es gegenüber dieser Ausdehnung der Sonthofener Politikriegsführung auf die Außenpolitik und den Kampf für die Menschenrechte dabei: Menschlichkeit ist unteilbar, und es ist die Pflicht aller, die die sittlichen Grundlagen des Grundgesetzes bewahren wollen, unter genauer Kalkulation der machtpolitischen Grenzen und Spielräume überall in der Welt für die Wahrung oder Wiederherstellung der Menschenrechte einzutreten. Dafür darf und soll man in jedes Land, zu jedem Regime reisen, wenn dies Erfolg verspricht. Die Anfertigung von Persilscheinen ist in keinem Fall statthaft. Das ist die moralische Pflicht, der mit politischen Mitteln zu genügen ist. Daran hat sich die sozial-liberale Koalition ausnahmslos gehalten. Die CDU/CSU dagegen mißbraucht unveräußerliche Grunderfordernisse für ein menschliches Zusammenleben in und zwischen Staaten als innerpolitisches Schlaginstrument, um ihre verfehlte Außenpolitik ideologisch zu vermannen.

Herr Strauß hat darauf verzichtet, sich in den Gefangenenlager umzusehen und mit den gequälten Menschen zu sprechen, wie wir dies in Griechenland zur Zeit der Tyrannei getan haben.

Herr Strauß hat uns deutlich gemacht, wohin wir kämen, wenn die CSU regiert. Die CDU muß sich fragen lassen, ob sie mit der CSU noch die Freiheit meint, die im Grundgesetz steht?  
(-/25.11.1977/ks/ja)

+ + +

## Verträge von Warschau haben sich bewährt

---

Zum Polen-Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt

Von Walter Polkehr MdB

Stellv. Mitglied des Auswärtigen Bundestagsausschusses

Der Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten in Israel füllt in diesen Tagen die Schlagzeilen. Dieser erste Schritt zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen "traditionell verfeindeten" Staaten erregt naturgemäß ebensoviel Aufmerksamkeit wie seinerzeit der Polen-Besuch Willy Brandts. Wenn inzwischen die Reise des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner in die Volksrepublik Polen ohne jeden spektakulären Aufwand ablaufen kann, so zeigt sich, wie weit in den letzten Jahren die Normalisierung zwischen Polen und der Bundesrepublik gediehen ist. Wir nehmen dies mit großer Genugtuung zur Kenntnis und stellen fest: Die Verträge von Warschau haben sich bewährt. Der Friedenspolitik der sozial-liberalen Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt ist es gelungen, die ehemals von vielen skeptisch aufgenommenen Abmachungen mit Leben zu erfüllen.

Helmut Schmidt wird, wenn er wieder in Bonn ist, bestätigen, was in diesem Jahr fast eine Million bundesdeutscher Urlauber in Polen feststellen konnte: Das polnische Volk ist aufrichtig an freundschaftlichen Beziehungen zu unserem Volk interessiert, und es bemüht sich, diese Freundschaft zu praktizieren. Allerdings haben die Bürger Polens auch große Sorge, daß sich in der Bundesrepublik die Zahl derer, die wie die CDU-Abgeordneten Hupka und Czaja in Wort und Schrift ihre Unbelehrbarkeit dokumentieren, vergrößern und politischen Einfluss gewinnen könnte.

Ich gehöre zu der großen Zahl der Urlauber, die in diesem Jahre ihre ehemalige Heimat Masuren besucht haben. Ich habe dort mit vielen Menschen sprechen können. Beeindruckend war dabei vor allem die große Aufgeschlossenheit der polnischen Jugend, ganz besonders auch derjenigen, die im ehemaligen Masuren und Schlesien geboren und aufgewachsen sind. Gerade sie sind überaus stark an Kontakten mit den Jugendlichen der Bundesrepublik interessiert. Deshalb kommt den Fragen des Jugendaustausches, die der Bundeskanzler mit der polnischen Führung erörtern will, ein ganz besonderer Stellenwert zu.

Ich bin sicher, die Reise Helmut Schmidts nach Polen wird dazu beitragen, unsere freundschaftlichen Beziehungen auszubauen und zu verfestigen. Dem polnischen Volk sei gesagt: Die große Mehrheit des deutschen Volkes distanziert sich von den wenigen Scharfmachern in der Bundesrepublik. Sie sind eine unbedeutende Minderheit und sie werden es bleiben.

(-/25. 11.1977/bgy/ja)

Die EG-Rolle in Nahost  
-----

Nach dem Sadat-Besuch in Jerusalem

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Es ist zu begrüßen, daß die Europäische Gemeinschaft durch eine gemeinsame Erklärung der neun Außenminister nach Abschluß der Reise des ägyptischen Präsidenten Sadat zu diesem mit Recht als historisch bezeichneten Vorgang positiv Stellung genommen hat. Die Überwindung der allenfalls politisch-psychologisch verständlichen, aber ansonsten wenig überzeugenden Bedenken der französischen Regierung gegen eine solche europäische Erklärung ist vermutlich als eine Frucht deutsch-französischer Zusammenarbeit zu werten.

Niemand kann heute mit Sicherheit sagen, ob die Befürchtungen von arabischer Seite, die Reise Sadats werde die Friedensbemühungen in Nahost erschweren, oder ob die Hoffnungen der beiden Partner des in Jerusalem begonnenen Dialogs sich als zutreffend erweisen werden. Klar ist nur, daß in der Nahost-Frage nach dem Treffen Begin-Sadat nichts mehr so sein wird, wie es vorher war. Die ständige Wiederholung vieldeutiger Formeln, sei es durch die Konfliktparteien, oder sei es durch Dritte wie die Europäische Gemeinschaft, hat nun ihren Sinn, wenn dies jemals einen Sinn gehabt hat, vollends verloren. Soll die Genfer Konferenz zu einem Erfolg führen, wird dort - mindestens hinter den Kulissen - von beiden Seiten Tacheles geredet werden müssen.

Auch in dieser in Bewegung geratenen Verhandlungssituation werden die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten keine spektakuläre Rolle bei der Suche nach einer Friedensregelung zu spielen haben. Bezeichnenderweise ist von keiner Seite bisher etwa - von einer mehr beiläufigen Bemerkung Sadats abgesehen - die Garantie eines Friedens in Nahost durch die Staaten der Europäischen Gemeinschaft ins Gespräch gebracht worden. In der offener gewordenen Verhandlungslandschaft könnte jedoch die diskrete Erörterung von möglichen partiellen Hilfestellungen durch die Europäische Gemeinschaft, vor allem wirtschaftlicher Art, von erheblicher Bedeutung werden. Daß es sich dabei im Blick auf die beiden Konfliktparteien nur um gleichgewichtige Bemühungen handeln darf, versteht sich von selbst. Diese Bemühungen können im übrigen sinnvollerweise nur einer Regelung der Nahostfrage dienen, die nicht neue Bedingungen setzt, durch die die nächste bewaffnete Auseinandersetzung schon programmiert wird, sondern nur einer Regelung, die zu einem dauerhaften Frieden führt.

(-/25.11.1977/ks/hgs)

+ + +

## Neues Meeresvölkerrecht wirft Schatten voraus

Der deutsch-isländische Fischereivertrag läuft am Montag aus

Von Horst Grunenberg MdB

Seerechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion

Am Montag läuft der deutsch-isländische Fischereivertrag aus. Eine Verlängerung des Vertrages kann sich die isländische Regierung, nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen, nicht leisten. Diese Entwicklung ist nicht neu, sondern war sehr lange vorhersehbar. Auch deswegen hat die SPD-Bundestagsfraktion die Schaffung eines gemeinsamen EG-Meeres unterstützt. Weitere Fangrechte können vor Island nur im Quotenaustausch mit der EC erworben werden.

Die bundesdeutsche Fischereiflotte hatte in der Vergangenheit das Übergewicht ihrer Fangaktivitäten (ca. 65 Prozent) in den Gewässern heutiger Drittländer ausgeübt. Dadurch werden die Quoten im EG-Meer für die Bundesrepublik wenig befriedigend ausfallen. Es sei denn, es erfolgt ein Ausgleich für entfallene Fangplätze bzw., die erreichbaren Quoten vor den Küsten der Nicht-EG-Länder werden angemessen verteilt.

Vorerst können sich die Partner in Brüssel noch nicht einigen. Zu viele nationale Egoismen sind schwer ausräumbar. Am 5. und 6. Dezember wollen die Agrarminister einen erneuten Anlauf nehmen, um das Fischerei-Regime im EG-Meer auszugestalten. Es bleibt abzuwarten, ob das Durchsetzungsvermögen der deutschen Seite ausreicht, um zumindest für die Frischfischversorgung zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Einigung in Brüssel bedeutet letztlich auch Verhandlungsbeginn mit Drittländern durch Brüssel.

Für die deutsche Frosterflotte wird der Nordatlantik allerdings sehr eng werden. Die Konzeption gerade der neuesten Frostergeneration ist weit vorausschauend auf weltweite Operation ausgelegt. Eine Reihe von Inselstaaten in der südlichen Hemisphäre, Neuseeland sei hier als Beispiel genannt, ist durchaus bereit, mit der deutschen Fischerei Kooperationen einzugehen. Bei dem sich weiter verdichtenden Containerverkehrsnetz auch im asiatisch-australischen Raum ließe sich eine Rohwarenversorgung des deutschen Marktes einrichten. Mittels Mischkalkulationen müßte es sogar möglich sein, das Preisniveau erträglich zu gestalten, zumal auf dem Weg von unseren Antipoden nach Europa weitere Fanggründe erschließbar sind. Hanseatischer Unternehmiergeist ist hier gefordert. Was andere Fischereinationen bereits seit Jahren betreiben, sollte unseren Unternehmen nicht unmöglich erscheinen. Die Unterstützung durch Politiker ist für diese Projekte sicher.

Vorerst wird es allerdings eine kurzfristige Durststrecke für Fischerei und Fischwirtschaft geben können. Sehr spät hat man sich in der Fischerei darauf besonnen, von alten Gewohnheiten Abschied zu nehmen.

Die Entschließung des Bundesrates zur Fischereipolitik, beantragt vom Senat der Freien Hansestadt Bremen, ist in allen Punkten zu unterstreichen. Sie untermauert die bereits auf Bundesebene eingeleiteten politischen Maßnahmen zur Hilfe für die Fischerei. Endgültig wird erst dann zu handeln sein, wenn in Brüssel eine Einigung erzielt worden ist. Der für die Fischerei federführend zuständige Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat deshalb die Beratungen über den Etat der Fischerei für 1978 bis dahin ausgesetzt, um flexibel reagieren zu können.

(-/25.11.1977/bgy/ja)